

WZ 05.10.2011

«Mein Kernanliegen: Ausstieg aus der Kernenergie»

WZ 5.10.2011

Zwei Frauen und drei Männer kandidieren für die beiden St. Galler Ständeratssitze. Nachstehend formulieren sie ihr politisches Kernanliegen. Heute Yvonne Gilli (Grüne, neu).

Noch ist der Atomausstieg nicht beschlossen. Im Ständerat sind die Vertreter der Atomlobby in der Mehrheit. Sie schützen kurzfristig die Interessen derjenigen Kantone, die Hunderte von Millionen Franken mit Kernkraftwerken verdienen und sitzen in den Verwaltungsräten der Energiekonzerne! Fukushima macht mich betroffen, weil Fukushima auch in der Schweiz möglich ist. Mit einem einzigen schweren Störfall in einem unserer Atomkraftwerke gibt es die Schweiz von heute nicht mehr. Atomar verseuchte Sperrgebiete im dicht besiedelten Mit-

telland würden uns nebst Menschenleben einen sehr hohen Preis kosten. Ich bin nicht bereit, dafür Verantwortung zu übernehmen!

Gern setze ich mich ein für den Umstieg auf erneuerbare einheimische Energie und eine höhere Energie-Effizienz. Wussten Sie, dass allein der Verzicht auf den Standby-Modus unserer Geräte ein ganzes Atomkraftwerk einspart? Wussten Sie, dass die Erdverlegung von Hochspannungsleitungen ein weiteres Atomkraftwerk sparen liesse? Ganz abgesehen davon, dass jedes Jahr in der Schweiz Kinder an Blutkrebs erkranken, weil sie zu nahe an Hochspannungsleitungen wohnen und durch die elektromagnetischen Felder verstrahlt werden. Wussten Sie, dass an einer schweizerischen Forschungsanstalt vor

Jahren ein sichereres Kühlsystem für Atomkraftwerke patentiert wurde, dieses aber niemand kauft? Wussten Sie, dass Forschungsergebnisse zeigen, dass schon bald Sonnenenergie klimafreundlich und sicher gespeichert werden kann? Heute fehlt uns der politische Wille, diese Schwächen zu beseitigen und zukunftsfähig zu investieren. Tun wir es! Dafür übernehme ich gern Verantwortung.

Die parlamentarische Arbeit gleicht der Arbeit in einem Grossbetrieb. Es braucht Zeit, um die Abläufe kennenzulernen und Vertrauen für Verhandlungen zu schaffen. Nach meiner politischen Arbeit in der Stadt Wil und meiner Tätigkeit im Kantonsrat freute ich mich 2007 auf eine wirkungsorientierte Zusammenarbeit in Bern, über die Parteigren-

zen hinweg. Auf diese Erfahrung kann ich aufbauen.

Es gibt viele Probleme zu lösen. Neben den Energie- und Klimafragen werden uns die Sozialversicherungen, die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, die Qualität unseres Siedlungsraumes und die internationale Konkurrenz um Wohlstand beschäftigen.

Ich freue mich auf eine lösungsorientierte Arbeit und orientiere mich an folgenden Grundsätzen:

- Farbe bekennen! Die Wählerinnen und Wähler wissen, für was ich einstehe.
- Unabhängigkeit bewahren! Ich bessere mein Gehalt nicht auf mit Geld von Lobbyisten, die nur ihre Eigeninteressen vertreten.
- Partizipation von Betroffenen! Gesetze mit Zukunft können nur

erarbeitet werden, wenn Betroffene einbezogen und die überparteiliche Zusammenarbeit gepflegt wird.

Auf diesem Weg ist es gelungen, dass die Komplementärmedizin ab 2012 wieder durch die Grundversicherung bezahlt wird, und dass «Managed Care» die hausärztliche Versorgung in unserem Kanton unterstützt und verbessert.



Yvonne Gilli
Ständeratskandidatin
Grüne, neu

Titel: Gilli, Yvonne

WZ 20.08.2012

PODIUM

WZ, 20.8.12

Unfehlbare Ärzte gibt es nicht

Die gerichtliche Verurteilung der Wiler Chefärztin wegen fahrlässiger Tötung hat die Öffentlichkeit aufgewühlt. Nicht nur, weil dadurch alle sehr direkt erfahren haben, dass ärztliche Fehler im Extremfall zum Tod von Patienten führen können, sondern auch wegen der grossen Tragik im aktuellen Fall. Eine Mutter von sieben Kindern musste an den Folgen ihrer achten Geburt sterben. Durch dieses Ereignis hat sich die Lebensgeschichte aller direkt Betroffenen verändert, diejenige der Angehörigen und diejenige des Behandlungsteams am Spital Wil.

Was wurde getan, und was kann unternommen werden, um das Vertrauen in die Ärzteschaft am Spital Wil und das Vertrauen der Patientinnen zu behalten?

Es ist Aufgabe des Gerichtes, das Geschehene genau zu analysieren und über eine mögliche Fehlbehandlung zu urteilen. Es ist Aufgabe von Spitalleitung und Gesundheitsdepartement, die Qualität der ärztlichen Arbeit am öffentlichen Spital sicherzustellen, eine Fehlerkultur zu entwickeln und die Öffentlichkeit angemessen zu informieren.

Gelebte Fehlerkultur

Eine gute Fehlerkultur zeichnet sich dadurch aus, dass sie im ärztlichen Alltag gelebt wird. In einer Atmosphäre des Vertrauens werden Fehler besprochen und Fehlerquellen beseitigt. In der Medizin wurde diese Fehlerkultur unter dem Begriff CIRS, critical incidence reporting system, im letzten Jahrzehnt stark entwickelt; sie ist heute an vielen Spitälern umgesetzt. Es ist weit weniger wichtig, Schuldige zu suchen und zu verurteilen, als dafür zu

sorgen, dass ein Fehler in Zukunft nicht wiederholt wird. Denn wo Menschen arbeiten, passieren Fehler, auch schwere. Als critical incidence bezeichnet man Zwischenfälle, die dem Patienten schaden können. Werden sie im Kleinen erkannt, führen sie zu Anpassungen in den Behandlungsabläufen, welche die Sicherheit für die Patienten erhöhen und das Personal in einer vertrauensfördernden Atmosphäre arbeiten lässt. Das ist das Ziel einer guten Fehlerkultur.

Ärztin hat das volle Vertrauen

Im Durchschnitt passiert auf 3000 bis 30'000 Zwischenfälle einer, der zum Tod eines Menschen führt. Am Spital Wil ist das 2007 passiert und führte im Juli 2012 zur Verurteilung der zuständigen Chefärztin. Die letzten fünf Jahre hat die gleiche Chefärztin das volle Vertrauen der zuweisenden Ärzte und Ärztinnen und der gebärenden Frauen verdient, dank einer nachweislich qualifizierten Arbeit.

Für mich als zuweisende Ärztin und als Gesundheitspolitikerin ist es jetzt nicht angebracht, den Rücktritt der Chefärztin zu fordern, sondern der Bevölkerung zu erklären, wie dieser

schwere Fehler passieren konnte, und was getan wird, um zukünftige Fehler zu vermeiden. Das Auswechseln einer qualifizierten Führungsperson nach einem einmaligen schwerwiegenden Fehler verbessert die Fehlerkultur nicht, im Gegenteil. In Amerika führten harte Strafen dazu, dass ganze Spitäler geschlossen wurden, weil sich keine Chefärztinnen und Chefärzte mehr fanden, die das Berufsrisiko, einen Fehler zu begehen, tragen konnten.

Unverzügliche Kommunikation

Ich habe eine wesentliche Kritik zum aktuellen Fall. Zu einer professionellen Fehlerkultur gehört die öffentliche Kommunikation über diesen schwerwiegenden Fehler, und zwar aktiv und unverzüglich nach der rechtskräftigen Verurteilung. Was ist passiert? Wie ist es passiert? Warum ist es passiert? Und welche Konsequenzen haben sich daraus ergeben? Das sind die Fragen, die mir unter den Nägeln brennen. Diese Informationen sind zu sensibel, als dass sie allein in Form von einer späten Medienmitteilung kommuniziert werden können. Es braucht das direkte Gespräch, zuerst mit den betroffenen Angehörigen und den Spitalangestellten, anschliessend die Medienkonferenz. Auch von diesem Fehler können wir im Sinn des CIRS lernen.

Jetzt, auf dem Höhepunkt des Medienrummels, verbleibt eine wichtige Aufgabe. Die betroffenen Angehörigen zu schützen, das Behandlungsteam zu stützen und sachlich fehlende Informationen zu ergänzen. Dazu sind wir alle im Rahmen unserer Verantwortlichkeit verpflichtet.



Yvonne Gilli

Dr. med. Fachärztin für Allgemeinmedizin FMH, Nationalrätin Grüne, Wil

Statements 01.09.2012

10

Statements | Nr. 7 | September MMXII

SCHWEIZ

Schutz vor Passivrauchen

Nachdem auf Bundes- und kantonaler Ebene mittlerweile über ein dutzend Mal zum Thema Nichtraucherschutz abgestimmt wurde, soll die neue Initiative den blauen Dunst auf Bundesebene einheitlich regeln. Ob dies nötig oder übertrieben ist, diskutieren die beiden Nationalrätinnen Yvonne Gilli (Grüne) und Christa Markwalder (FDP).

«Die persönliche Freiheit zu rauchen bleibt überall dort, wo Dritte nicht unfreiwillig geschädigt werden.»

Yvonne Gilli*
Nationalrätin (Grüne/SG)



Nicht Kantone, Frankreich und Italien beweisen es

Die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ trifft den Puls der Zeit und geniesst die Unterstützung der Bevölkerung. In acht Kantonen und in unseren Nachbarländern Frankreich und Italien ist sie bereits Realität. RaucherInnen geniessen weiter die persönliche Freiheit zu rauchen wann und wie viel sie möchten an Orten, die Nichtrauchern nicht als Arbeitsplatz dienen. Geraucht wird in unbedienten Fumoirs, in den eigenen privaten Räumen, an Einzelarbeitsplätzen und draussen. Sämtliche Umfragen zeigen die grosse Zufriedenheit mit dieser Lösung. Die Gastronomie musste keine Umsatzeinbussen hinnehmen.

RaucherInnen geniessen weiter die persönliche Freiheit zu rauchen wann und wie viel sie möchten an Orten, die Nichtrauchern nicht als Arbeitsplatz dienen



mit den gleichen Mitteln. Sie lanciert die gesundheitsschädigende rauchfreie E-Zigarette und kauft Wirtse über die Finanzierung von Fumoirs. Mit allen Mitteln der Stimmungsmache lenkt sie vom Inhalt der Initiative ab. Der Schutz vor ungewolltem Mitrauchen am Arbeitsplatz ist für die Tabakindustrie ein radikales Rauchverbot.

Passivrauchen ist gleich giftig wie die Exposition gegenüber Asbest

dert sich trotz Behauptungen der Gegner auch mit dieser Initiative nichts. Mit der Initiative sind in der ganzen Schweiz alle Restaurants rauchfrei und alle Fumoirs unbedient. Damit werden kantonal unterschiedliche Regelungen beseitigt, die zu Wettbewerbsverzerrungen im Gastgewerbe führen.

Die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ hält, was sie verspricht. Sie zielt auf Schutz und beseitigt Schwachstellen der jetzigen Gesetzgebung mit kantonal verschiedenen Lösungen. Nicht mehr und nicht weniger.¶

Die Tabakindustrie geht über Leichen

Jahrzehntlang behauptete die Tabakindustrie mit ihrer gut bezahlten Nähe zur Politik- und Wirtschaftselite, Rauchen verursache keinen Lungenkrebs. Wider besseres Wissen und Gewissen bekämpft sie die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ noch immer

*Yvonne Gilli | PARTEI: GP | AMT: Nationalrätin | KANTON: St. Gallen | BERUF: Dr. med., Fachärztin für Allgemeine Innere Medizin FMH | PERSON, MIT DER ICH GERNE MAL ZNACHT GEGESSEN HÄTTE: Herr Dr. Zigi Zaugg, Vertreter „free tobacco“ | ORT, AN DEN ICH GERNE REISEN WÜRD: Unberührte Natur, wo auch immer | DAS NERVT MICH: Lügen und Angstmasche als Mittel politischer Kampagnen oder Profilierung.
www.yvonne-gilli.ch

Rauch und Asbest: beide in Giftklasse 1

Passivrauchen ist gleich giftig wie die Exposition gegenüber Asbest. Passiv rauchende schwangere Serviceangestellte haben ein erhöhtes Risiko für Mangel- und Frühgeburten. Solche Kinder sind in der Folge lebenslang gefährdet für Herz- und Kreislauferkrankungen. Allein im Kanton Genf konnten mit dem Schutz vor Passivrauchen, wie ihn die Initiative fordert, 1000 Spitaleinweisungen vermieden werden. Schweiz weit sind heute mehrere Tausend Arbeitnehmende Passivrauch ausgesetzt und verursachen jährliche Gesundheitskosten von über 100 Millionen Franken.

Das Phantom Einzelarbeitsplatz

Bereits mit dem heutigen Bundesgesetz ist Rauchen am Einzelarbeitsplatz verboten, wenn Dritte beeinträchtigt werden. Daran än-

«Ein radikales Rauchverbot ist übertrieben und unnötig.»

Christa Markwalder*
Nationalrätin (FDP/BE)



Die Lungenliga hat im Mai 2010 ihre Rauchverbots-Initiative eingereicht. Über diese entscheidet nun am 23. September das Volk. Den Mai 2010 könnte man eigentlich auch den Rauchverbotsmonat nennen, denn nur gerade zwei Wochen zuvor ist das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft getreten. Das Gesetz hat sich in den letzten zwei Jahren bewährt und als guter Kompromiss herausgestellt. Zurück will niemand. Aber ein radikales Rauchverbot, wie von der Initiative verlangt, ist übertrieben, wirtschaftsfeindlich und unnötig!